



# Blickpunkte

## Inhalt

Schutzschirm für Europa

Erneuerbare Energien bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen

Das Schwarz-Gelbe Solar-Desaster

Umweltrat: 100% erneuerbare Energien bis 2050 möglich

Union will bei den Familien kürzen

NRW-Wahl: Wir stellen uns der Verantwortung!

Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

- NRW-Kommunen in der Krise
- Arndt-Brauer enthält sich bei Griechenland-Hilfspaket
- Schutzengel gegen Prostitution
- Bildnachweis

V.i.S.d.P.:

Ingrid Arndt-Brauer, MdB

Redaktion:

Dr. Marc Schrameyer

Bergstr. 11

48607 Ochtrup

Tel. 02553/9771053

Fax 02553/9771054

[buero.ochtrup@arndt-brauer.de](mailto:buero.ochtrup@arndt-brauer.de)



Informationen der  
SPD-Bundestagsabgeordneten  
Ingrid Arndt-Brauer

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Schuldenkrise Griechenlands hat sich dramatisch zugespitzt. Die Schwierigkeiten des griechischen Staates, neues Geld zu leihen, und das aggressive Verhalten der Kapitalmärkte gefährden die Stabilität der Eurozone und damit auch die vitalen Interessen Deutschlands als größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas. Nach dem Zusammenbruch der Finanzmärkte im September 2008 musste sich die Wirtschaft Vertrauen vom Staat leihen. Jetzt aber geht es, verstärkt durch die Finanzierungs-krise der öffentlichen Haushalte, um das Vertrauen in den Staat selbst. Griechenland muss auf den Pfad solider Finanzen zurückkehren. Die Konsolidierungsbemühungen, die das Land auf sich nimmt, sind gigantisch. Diese beispiellosen Anstrengungen verdienen keinen Hohn, sondern Respekt und Unterstützung.

Die Bundesregierung aber hat auf die Schwierigkeiten Griechenlands zuerst gar nicht und dann falsch reagiert. Obwohl schon seit Wochen klar ist, dass entschiedenes Handeln und gemeinsame Verantwortung notwendig sind, um die Märkte zu beruhigen, hat Angela Merkel die deutsche Öffentlichkeit bis zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen mit der Geste ‚wir geben nichts‘ zu täuschen versucht. Das Ergebnis ist rapide wachsender Vertrauensverlust in die Handlungsfähigkeit Europas. Wo Vertrauen verloren geht, da greift Verunsicherung um sich. Ein Geschenk für Spekulanten! Die Regierung Merkel hat den Brand in der Eurozone lange schwe-len lassen und durch schwerwiegende Fehler weiter angefacht. Jetzt setzt der Funkenflug ein und bedroht andere Länder in Europa. Es ist höchste Zeit zu handeln: Wir müssen die Spekulationsspirale stoppen.

Die Regierung hat durch ihre Hinhaltetaktik auch das Parlament in eine schwierige Situation manövriert. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages müssen in diesen Tagen eine komplizierte Entscheidung von enormer Tragweite unter großem Zeitdruck treffen. Die SPD steht zu ihrer Verantwortung, eine schnelle und tragfähige Lösung zu ermöglichen.

Unsere Zustimmung wird davon abhängen, ob die Regierung bereit ist, die Krise an der Wurzel zu packen, keinen der Verantwortlichen aus der Pflicht zu entlassen und zu verhindern, dass nur den Steuerzahlern die Kosten aufgebürdet werden. Die Bundesregierung muss begleitend zu diesem Gesetz deutlich machen, welche Maßnahmen sie ergreift, um den privaten Sektor an der Krisenbewältigung zu beteiligen. Banken und Finanzinvestoren müssen mit mehr als symbolischen Ges-ten in die Verantwortung genommen werden. Wir brauchen eine Finanztransakti-onssteuer, die alle Finanzprodukte und Handelsplätze umfasst. Darüber hinaus muss die Bundes-regierung die glaubwürdige Bereitschaft dokumentieren, neuen Spekulationswellen vorzubeugen und endlich die Regulierung auf den internationalen Finanzmärkten entschlossen voranzutreiben. Für die europäische Wäh-rungsunion schließlich brauchen wir eine enger abge-stimmte Wirtschafts- und Finanzpolitik. Ohne diese Schritte kann kein Rettungspaket nachhaltig wirken.

Ihre,

*Ingrid Arndt-Brauer*



Ausgabe Mai 2010  
Seite 1



# Blickpunkte

## Schutzschirm für Europa Banken beteiligen und Spekulationen unterbinden

**Die Eurozone ist in eine dramatische Krise geraten. Es ist mehr denn je notwendig, die Finanzstabilität im Euroraum als Ganzes zu sichern und erheblichen Schaden auch von Deutschland abzuwenden. Der Euro ist die europäische Antwort auf das globale Zeitalter, und wir Deutsche profitieren besonders davon. Deutschland braucht den Euro - ebenso wie Europa.**

In der gegenwärtigen Schuldenkrise und angesichts aggressiver Spekulationsattacken gegen den Euro ist entschlossenes politisches Handeln geboten, das Vertrauen und Sicherheit wieder herstellt. Es geht heute nicht mehr nur um Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, es geht um das Vertrauen in den Staat selbst.

Ein glaubwürdiger Pfad zum schrittweisen Abbau der Schuldenprobleme in den betroffenen Eurostaaten muss daher drei Elemente umfassen:

Die in den Konditionen des Rettungspakets enthaltenen strukturellen Anpassungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit.

Gezielte Einnahmeverbesserungen, insbesondere dort, wo bisher die Steuerstätze bzw. der Steuervollzug markant vom sonstigen europäischen Gefüge abweichen.

Ein Mechanismus zur Beteiligung der Gläubiger (z.B. durch Zinsanpassungen o.a.), die die Schuldnerländer unmittelbar entlastet.

Zahlreiche Einzelheiten der Vorschläge zum europäischen Notfallplan sind noch nicht bekannt, viele Fragen unbeantwortet. Wir fordern die Bundesregierung und die Koalitionsfrak-

tionen mit Nachdruck auf, ohne weitere Verzögerungen die europäischen Vorschläge, insbesondere auch deren Umsetzung in Deutschland, zu präzisieren. Wir erwarten dabei rückhaltlose Offenheit, damit verlorenes Vertrauen wiederkehren kann.



© R. Handke / pixelio.de

### Hilfe für Griechenland

Die SPD-Bundestagsfraktion unterstützt das internationale Rettungspaket und die deutsche Beteiligung daran, hält aber eine reine Kreditermächtigung für nicht ausreichend, um die Stabilität der Eurozone nachhaltig zu gewährleisten. Von entscheidender Bedeutung ist in dieser überaus dramatischen Lage eine dauerhafte Beteiligung des Finanzsektors an den Kosten der Krise und eine wirksame Eindämmung der immer neuen Spekulationswellen. Deutschland soll sich in den kommenden drei Jahren mit insgesamt rund 22 Milliarden Euro an dem Rettungspaket für Grie-

chenland beteiligen. Im Jahr 2010 sollen zunächst 8,4 Milliarden Euro fließen.

Wir Sozialdemokraten wollen auch durch deutsche Beiträge den Euro stabil halten. Und wir wollen schnell und verantwortlich handeln, denn wir brauchen Klarheit, um den Spekulanten Einhalt zu gebieten. Aber wir wollen auch, dass diejenigen, die verantwortlich sind für die Krise, die Kosten tragen. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung drastische Schritte, um in Europa gemeinsam mit den anderen Mitgliedstaaten eine Finanzmarktsteuer einzuführen. Deutschland hat eine Schlüsselstelle bei der Lösung der Griechenlandkrise. Jetzt muss die Bundesregierung diese Chance nutzen und endlich tatkräftig handeln. Es gilt, verlorenes Vertrauen zurückzugewinnen, die Krise einzudämmen, Lasten gerecht zu verteilen und Europa wieder auf einen guten Weg zu bringen. Dieser Weg soll zu einem starken Europa führen, zu einem Europa mit Gestaltungsspielraum und zu einem sozialen Europa.



# Blickpunkte

## Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone

In den letzten Wochen und Monaten hat sich die Schuldenkrise Griechenlands dramatisch zuge-spitzt. Die Schwierigkeiten der griechischen Regierung zur Bedienung des Schuldendienstes neues Geld auf den internationalen Finanzmärkten zu leihen, und das aggressiv-spekulative Verhalten der Kapitalmärkte gefährden nicht nur die Stabilität des Euro. Auf dem Spiel steht auch die Zukunft des europäischen Wirtschaftsraumes insgesamt und damit Sicherheit und Stabilität des Wohlstandes in Europa.



© Kos / pixelio.de

Wir Deutschen haben als führende Exportnation vor allen anderen Mitgliedstaaten das größte Interesse an einer stabilen Euro-Zone. Der Zusammenbruch ganzer Staaten in Europa und eine instabile Währung würden hunderttausende von Arbeitsplätzen in Deutschland gefährden.

Deshalb müssen wir schnell handeln – aber es kommt darauf an, das Richtige zu tun. Es geht nicht um Gefälligkeiten gegenüber Griechenland sondern um die Wahrung der Stabilität in der Euro-Zone, an der wir ein hohes eigenes Interesse haben sollten.

Ohne gemeinsame stabile Währung hätte die Wirtschafts- und Finanzkrise unseren Kontinent noch härter getroffen. Die europäischen Staaten sind längst untrennbar miteinander verwoben, deshalb ist die Solidarität mit Griechenland der beste Selbstschutz für uns Deutsche.

Wir haben schon zu Beginn der Krise die Kanzlerin aufgefordert, gemeinsam mit allen anderen EU-Staaten dafür zu sorgen, dass die griechische Regierung drastische Sparmaßnahmen ergreift. Und wir haben auch gefordert, dass sich Griechenland seine notwendigen Kredite zu normalen Zinsen beschaffen kann und nicht auf die Spekulationen der Finanzmärkte angewiesen sein sollte. Die sozialdemokratischen Abgeordneten im Europäischen Parlament haben dafür vor Monaten Vorschläge vorgelegt.

Angela Merkel und ihre CDU/CSU/FDP-Koalition aber wollten aus reinen wahltaktischen Erwägungen bis zur Landtagswahl in NRW am 9. Mai den Deutschen nicht die Wahrheit sagen. Stattdessen hat sich die Kanzlerin als Schutzengel der deutschen Steuerzahler feiern lassen. In Wahrheit wusste sie aber bereits, dass sich die Deutschen aus eigenem Interesse nicht rauhhalten können.

Diese Taktiererei war geradezu eine Einladung an die Spekulanten: Lagen die Zinsen am Anfang der Griechenlandkrise noch bei 5,2 Prozent, so stiegen sie erst auf 8,5 Prozent und sind jetzt explodiert. Merkels Wahltaktik kostet die deutschen und europäischen Steuerzahler Milliarden Euro – und jeden Tag der Untätigkeit kostet es mehr.

## Sozialdemokratisches Krisenmanagement fehlt

Sozialdemokratische Minister haben nach der Lehmann-Pleite gezeigt, was verantwortungsbewusstes, schnelles Handeln ist, wir haben die Debatte in Europa bestimmt und uns nicht – wie die jetzige Bundesregierung – von anderen treiben lassen.

Schon damals haben wir gesagt: Wir dürfen uns nicht auf kurzfristiges Krisenmanagement beschränken, sondern müssen den Ursachen der Krise zu Leibe rücken und ihre Verursacher an der Beseitigung ihrer Folgen beteiligen. Eine Finanzmarktsteuer in Europa, wie sie Peer Steinbrück wiederholt vorgeschlagen hat, würde die Verursacher zur Kasse bitten. Allein Deutschland hätte in jedem Jahr zweistellige Milliardenbeiträge an Einnahmen. Würden wir dann endlich bestimmte gefährliche Praktiken an den Finanzmärkten verbieten und auch diese Märkte regulieren, hätten wir viel geleistet, damit sich diese Krisen nicht ständig wiederholen. Und wir würden nicht die Steuerzahler das zweite Mal für das unverantwortliche Verhalten der Banken in der Griechenlandkrise bezahlen lassen. Denn natürlich wussten viele Banker, dass Griechenland nicht mehr zahlungsfähig war – trotzdem wurden Kredite herausgegeben. Und natürlich wird im Investmentbanking weiter mit den gleichen Praktiken gearbeitet, die uns in die Krise hinein getrieben haben.



# Blickpunkte

## Erneuerbare Energien bei Schwarz-Gelb in schlechten Händen

**In der zurückliegenden Sitzungswoche hat die schwarz-gelbe Koalition in der Energie- und Klimaschutzpolitik ihr wahres Gesicht gezeigt: Ihre Reden auf nationalen und internationalen Veranstaltungen und ihre Beteuerungen gegenüber den Medien sind nichts wert und haben nichts mit ihrem Handeln zu tun. Vier Beispiele dafür:**



© R. Sturm / pixelio.de

### **EEG-Vergütung massiv gekürzt**

Am 6. Mai haben Union und FDP mit dem Beschluss der Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes die Axt an die Solarbranche und viele Handwerksbetriebe gelegt. Schwarz-Gelb hat drastische Kürzungen bei der Solarförderung trotz vielfacher Proteste festgeschrieben. Damit zeigen Röttgen, Merkel und Co., was ihnen die erneuerbaren Energien wirklich wert sind. Ihr hohes Lied auf die Erneuerbaren sind jedenfalls nichts als Lippenbekenntnisse. So verlocken sie die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche, gefährden zukunftsfähige Arbeitsplätze

und nehmen in Kauf, dass Deutschland den Anschluss an die internationalen Technologiemärkte verliert. Und auch diejenigen, die in Solaranlagen investieren wollen, lassen Union und FDP im Regen stehen. Außerdem ist der Ausschluss von Ackerflächen aus der EEG-Vergütung für Solarstrom absolut inakzeptabel.

### **Förderung von Wärmegewinnung aus Erneuerbaren Energien gestoppt**

Zusätzlich hat der Finanzminister der schwarz-gelben Regierung weitere Fördermaßnahmen für Klimaschutz und erneuerbare Energien gestoppt. Dieser Haushaltssperre von Schäuble fallen Solarkollektoren, Biomassehei-

zungen und Wärmepumpen zum Opfer. Auch die Programme im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative sind damit ausgebremst. So setzt Schäuble die unter rot-grün zum Marktführer entwickelten Bereiche der erneuerbaren Energien aufs Spiel und Umweltminister Röttgen schaut zu. Dieses Handeln entgegen aller Vernunft gefährdet unsere Klimaschutzziele und Arbeitsplätze im Handwerk und Technologieunternehmen.

### **100 Prozent Stromversorgung aus erneuerbaren Energien bis 2050 möglich**

Schwarz-Gelb gibt sich unbelehrbar, denn am 5. Mai stellte der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) im Unterausschuss des Deutschen Bundestages seine Stellungnahme „100 % erneuerbare Stromversorgung bis 2050: Klimaverträglich, sicher, bezahlbar“ vor. Der SRU kam zu dem Ergebnis, dass eine sichere und umweltfreundliche Stromversorgung, die sich zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energien speist, bis zum Jahr 2050 mit Sicherheit erreichbar ist. Diese Kernaussage der Studie des SRU bestätigt die von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten for-



# Blickpunkte

mulierten Forderungen nach einer umfassenden Energiewende in Deutschland. Dafür ist ein starker politischer Wille notwendig, der der amtierenden schwarz-gelben Regierung leider fehlt. Die bisherigen Beschlüsse von Union und FDP belegen deutlich, dass sie in eine andere Richtung steuern. Die Stellungnahme des SRU belegt außerdem, dass die längere Laufzeit der Atomkraftwerke (AKW) und ein Ausbau von Kohlekraftwerken zur Sicherstellung der Energieversorgung nicht notwendig sind. Auch der SRU sieht die Gefahr, dass durch die von Schwarz-Gelb geplante Laufzeit-

verlängerung für AKW der notwendige Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst wird.

## **Szenarien für Energiekonzept nur auf Basis von Laufzeitverlängerungen für AKW**

Jetzt wurde auch ein Vermerk der Bundesregierung bekannt, der deutlich macht: Union und FDP lassen für ihr sogenanntes „Energiekonzept“, das sie im Herbst vorlegen wollen, in erster Linie Szenarien rund um die unterschiedlichen Laufzeitverlängerungsvorgaben für AKW rechnen. Nicht Klimaschutz-, Effizienz- oder Ausbauziele für die Erneuer-

baren Energien bestimmen die verschiedenen Szenarien, sondern die Länge der möglichen Laufzeitverlängerungen. Damit wird klar: Es geht nicht um ein zukunftsfähiges und klimafreundliches Energiekonzept, sondern um die Erfüllung der Wünsche der Atomlobby, einer wichtigen Klientel von Schwarz-Gelb. Hier werden Steuergelder für reines Marketing im Sinne der Atomlobby verschleudert.

Nun bleibt abzuwarten, was sie in der neuen Zusammensetzung des Bundesrates noch umsetzen können.

## **Das Schwarz-Gelbe Solar-Desaster**

**Der Deutsche Bundestag hat am 06.05.2010 mit den Stimmen der schwarz-gelben Regierungskoalition die Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) beschlossen. Damit werden die Vergütungen für Anlagen zur Erzeugung von Solarstrom auf Gebäuden und Freiflächen zum 1. Juli 2010 deutlich gesenkt.**



© R. Sturm / pixelio.de

Das Desaster ist perfekt: Die schwarz-gelbe Regierungskoalition hat drastische Kürzungen bei der

Solarförderung beschlossen und zerstört damit nicht nur das Vertrauen bei Investoren, Handwerkern und Herstellern, sondern setzt auch die Vorreiterrolle der deutschen Solarbranche aufs Spiel. Deutschland droht somit im weltweiten Technologierennen den Anschluss zu verlieren.

### **Drastische Kürzung der Vergütung**

Die zusätzliche Einmalabsenkung der Vergütung von Solarstrom zwischen elf und 16 Prozent sowie die verschärfte Degression zum Jahresbeginn werden große Teile der Solarindustrie vor unlösbare Herausforderungen stellen. Zehntausende Arbeitsplätze sind in Gefahr. Die SPD hält eine zusätzliche Einmalabsenkung um sechs Prozent für Anlagen mit einer Größe bis zu 30 kWp und zehn Prozent für die sonstigen Anlagen sowie eine Anpassung des Ausbaukorridors auf 4.000 Megawatt für ökonomisch, ökologisch und sozial angemessen. Ein zusätzlicher,



# Blickpunkte

marktorientierter Degressionsritt sollte zur besseren Planungssicherheit vom Stichtag für die Basisdegression (1. Januar) entkoppelt werden und generell erst zum 1. Juli erfolgen.

## Ausschluss von Ackerflächen

Völlig unverständlich und inakzeptabel ist der Ausschluss von Ackerflächen aus der EEG-Vergütung. Es sollte Aufgabe der Kommunen sein, mit Blick auf die jeweiligen regionalen Strukturen über die Nutzung von Ackerflächen zu entscheiden. Ein Aus für die Ackerflächen wird den Freiflächenmarkt empfindlich schwächen, eine Ausweitung der Produktion verlangsamen und somit Kostensenkungen im Weg stehen. Die Regierungskoalition erreicht hiermit also exakt das Gegenteil von dem, was sie sich ursprünglich auf ihre Fahnen geschrieben hatte, nämlich Solarstrom billiger zu machen.

## Kein hinreichender Vertrauensschutz

Aber nicht genug der schlechten Nachrichten: Schwarz-Gelb versäumt - ob aus mangelndem Wissen oder mit voller Absicht - mit einem umfassenden Bestandsschutz bereits in Planung befindliche Freiflächenprojekte abzusichern. Projekte, in die bereits hunderttausende Euro und viel Zeit und Mühen geflossen sind, drohen nun aufgrund der kurzen Fristen zu scheitern. Daran verzweifeln nicht nur Investoren, sondern auch Hersteller und Projektierer.

## Förderung des Eigenverbrauchs



© F. Gopp / pixelio.de

Auch die zusätzliche Förderung des Eigenverbrauchs von Solarstrom mit 8 Cent mehr pro kWh lehnen wir ab. Die Photovoltaik (PV) leistet insbesondere zur Mittagszeit, zu der der Stromverbrauch am höchsten ist, einen wichtigen Beitrag zur Abdeckung der

Stromnachfrage. Durch die Einspeisung von klimafreundlicher und verbrauchsnahe Solarenergie wird so Strom aus CO<sub>2</sub>-intensiven fossilen Kraftwerken ersetzt. Zudem wirkt PV-Strom in diesen Spitzenzeiten preisstabilisierend. Eine Stärkung des Eigenverbrauchs stünde diesem positiven Effekt im Wege. Stattdessen ist in die Forschung und Entwicklung insbesondere von neuen Speichertechnologien zu investieren. Hierzu wollen wir im EEG einen zusätzlichen Bonus einführen sowie die Mittel für Forschung und Entwicklung für industrielle Forschungsprojekte erhöhen.

## Die gekürzten Solarstrom- Vergütungssätze

### 1) Staffelförderung für netzeingespissten Solarstrom für Anlagen an und auf Gebäuden und Lärmschutzwänden – Kürzung um 16 Prozent

bis einschl. 30 kWp:	0,3288 €/kWh
> 30 bis einschl. 100 kWp:	0,3127 €/kWh
> 100 bis einschl. 1000 kWp:	0,2959 €/kWh
> 1000 kWp:	0,2467 €/kWh

### 2) Staffelförderung für eigenverbrauchten Solarstrom für Anlagen an und auf Gebäuden und Lärmschutzwänden – plus 8 Cent

anteilig bis zu 30 % Eigenverbrauch

bis einschl. 30 kWp:	0,1648 €/kWh
> 30 bis einschl. 100 kWp:	0,1487 €/kWh
> 100 bis einschl. 500 kWp:	0,1319 €/kWh

anteilig bei über 30 % Eigenverbrauch

bis einschl. 30 kWp:	0,2088 €/kWh
> 30 bis einschl. 100 kWp:	0,1927 €/kWh
> 100 bis einschl. 500 kWp:	0,1759 €/kWh

### 3) Freiflächenanlagen – Kürzung um 11 Prozent

auf Konversionsflächen	0,253 €/kWh
auf sonstigen Flächen	0,2417 €/kWh

Bei Vorliegen eines Bebauungsplans, der vor dem 25. März 2010 beschlossen wurde, können Freiflächenanlagen auf Ackerflächen noch bis Ende des Jahres 2010 umgesetzt werden und erhalten wei-



# Blickpunkte

terhin die Einspeisevergütung in der Höhe, als ob die Anlage vor dem 1. Juli 2010 in Betrieb genommen worden wäre. Ab 01.01.2011 wird es keine So-

larstromvergütung für Anlagen auf Ackerflächen geben.

## Klimaverträglich, sicher, bezahlbar: 100% erneuerbare Stromversorgung bis 2050



**„Deutschland kann im Jahr 2050 zu hundert Prozent klimaschonend mit Strom aus erneuerbaren Energien versorgt werden.“ Das erklärte der Vorsitzende des SRU, Prof. Dr. Martin Faulstich, heute im Umweltausschuss des Deutschen Bundestages. Dort präsentierte der SRU seine Szenarien für eine regenerative Stromversorgung in Deutschland. Prof. Faulstich forderte: „Die Bundesregierung muss jetzt die Weichen für den Umbau des Energiesystems stellen.“**

Der Energieexperte des Rates, Prof. Dr. Olav Hohmeyer, betonte: „Für die Übergangszeit sind weder Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke noch neue Kohlekraftwerke erforderlich. Die Brücke zu den erneuerbaren Energien steht bereits“.

Mit verschiedenen Szenarien zeigt der SRU, dass eine vollständig erneuerbare Stromversorgung bis 2050 zu wettbewerbsfähigen Kosten möglich ist. Dabei ist Versorgungssicherheit zu jeder Stunde des Jahres gewährleistet. Damit ergibt sich zugleich eine Chance für nachhaltige Innovationen, die den Standort Deutschland auch in diesem Bereich zukunftsfähig machen.

Die Szenarien stützen sich auf Modellberechnungen des DLR (Deutsches Zentrum für Luft- und Raumfahrt). Das verwendete REMix-Modell gehört zu den besten und genauesten in Euro-

pa und arbeitet mit extrem hoher zeitlicher Auflösung.

### **Wesentliche Ergebnisse der Szenarien sind:**

1. Das nachhaltig nutzbare Potenzial an erneuerbaren Energien in Europa übersteigt nachweislich den heutigen und auch den zukünftigen Strombedarf um ein Vielfaches.

2. Da das Angebot von Wind- und Sonnenenergie jedoch erheblich schwankt, müssen zur Deckung der Nachfrage Speicher und Netze ausgebaut werden. Für die Speicherung von Strom setzt der SRU auf eine enge Zusammenarbeit vor allem mit den skandinavischen Staaten wie Norwegen und Schweden. Eine Verbindung skandinavischer Wasserkraft- und Pumpspeicherpotenziale mit den deutschen Erzeugungskapazitäten kann beispielsweise die erforderlichen Ausgleichsmöglichkeiten schaffen und damit die Kos-

ten senken. Der SRU zeigt auch, wie eine sichere und kostengünstige Stromversorgung in einem größeren europäisch-nordafrikanischen Verbund ausgestaltet werden könnte.

3. Die Stromgestehungskosten in einem vollständig auf erneuerbaren Energien beruhenden System sind nach den Berechnungen des SRU wahrscheinlich sogar niedriger als bei einem Mix aus regenerativen und CO<sub>2</sub>-armen konventionellen Energiequellen. Die Kosten für Erzeugung, Speicherung und internationalen Netzausbau könnten sich 2050 zwischen etwa 6 und 7 ct/kWh bewegen, wenn die Politik auf stringente Effizienz und Einsparung sowie einen europäischen Verbund setzt. Die Stromgestehungskosten machen für private Haushalte etwa ein Drittel des Strompreises aus.



# Blickpunkte

4. Die anstehende Erneuerung des Kraftwerkparks in Deutschland bietet besonders günstige Voraussetzungen dafür, die Stromversorgung in Deutschland auf erneuerbare Energien umzustellen. Die heute bestehenden und die bereits im Bau befindlichen konventionellen Kraftwerke können dabei entsprechend ihrer normalen Lebensdauer sukzessive vom Netz gehen und – nach Einschätzung des SRU – durch den Zubau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten ersetzt werden.

**Damit ist klar:** Weder eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken noch der Bau neuer Kohlekraftwerke mit Kohlendioxidabscheidung und -speicherung sind notwendig für den Übergang zur erneuerbaren Stromversorgung. Der SRU warnt davor, dass durch signifikante Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke Überkapazitäten im System entstehen. Die konventionellen Kraftwerke sind auf Dauer nicht mit der erneuerbaren Stromerzeugung vereinbar, da ihre Leistung nicht schnell genug an die Schwankungen der Wind- und Sonnenenergie angepasst werden kann. Das dauerhafte Nebeneinander von konventioneller und wach-

sender erneuerbarer Stromerzeugung würde das System ineffizient und unnötig teuer machen.

5. Der Ausbau von Netzen und Speichern innerhalb Deutschlands und in der EU ist die größte Herausforderung für einen schnellen Übergang zur regenerativen Stromversorgung. Hier muss dringend und rasch gehandelt werden. Der SRU empfiehlt der Bundesregierung, bei der Ausbauplanung eine sehr aktive Rolle einzunehmen.

Die vom SRU vorgestellten Szenarien sind Teil eines Sondergutachtens zur Zukunft der Stromversorgung, das der SRU im Herbst dieses Jahres veröffentlichen wird. In diesem Sondergutachten werden insbesondere die politischen, rechtlichen und ökonomischen Voraussetzungen für die Transformation des Stromsystems hin zu einer vollständig regenerativen Versorgung ausführlich behandelt. Die heute vorab veröffentlichten Szenarien können unter [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de) heruntergeladen werden.

Der SRU berät die Bundesregierung seit 1972 in Fragen der Umweltpolitik. Die Zusammensetzung des Rates aus sieben Universitätsprofessorinnen und -professoren verschiedener Fachdisziplinen gewährleistet eine

wissenschaftlich unabhängige und umfassende Begutachtung, sowohl aus naturwissenschaftlich-technischer als auch aus ökonomischer, rechtlicher, politikwissenschaftlicher und ethischer Perspektive.



© SRU / [www.umweltrat.de](http://www.umweltrat.de)

Der Rat besteht derzeit aus folgenden Mitgliedern:

[Prof. Dr. Martin Faulstich](#) (Vorsitzender), Technische Universität München

[Prof. Dr. Heidi Foth](#) (stellv. Vorsitzende), Universität Halle-Wittenberg

[Prof. Dr. Christian Calliess](#), Freie Universität Berlin

[Prof. Dr. Olav Hohmeyer](#), Universität Flensburg

[Prof. Dr. Karin Holm-Müller](#), Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

[Prof. Dr. Manfred Niekisch](#), Zoologischer Garten Frankfurt

[Prof. Dr. Miranda Schreurs](#), Freie Universität Berlin

Hände weg vom  
Atomausstieg!





# Blickpunkte

## Union will bei den Familien kürzen



© M. Schwesig / F. Jaenicke

Steuersenkung und Entlastung war gestern: Unmittelbar nach der NRW-Wahl ist in der CDU die Diskussion über Einsparungen gestartet. Zum Beispiel bei Familie und Bildung könne man kürzen, schlägt Roland Koch vor. Die Union lässt "die Katze aus dem Sack", kommentiert die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig. Monatelang forderte die SPD von der Bundesregierung Auskunft über geplante Einsparungen. Denn die schwarz-gelbe Rechnung – Haushaltskonsolidierung bei der anstehenden Schuldenbremse und bei der Bewältigung der Krisenfolgen, notwendige Investitionen in Zukunftsbereichen und vor allem massive Steuersenkungen –

konnte nicht aufgehen. Sogar nach der Steuerschätzung Anfang Mai, die fast 40 Milliarden Euro Mindereinnahmen des Staates prognostizierte, war weiterhin von Steuersenkung die Rede, aber nicht von Kürzung.

Koch will "hier und da" streichen. Wie erwartet wird es nun, nach der NRW-Wahl, mehr Klarheit geben. Die Diskussion ums Kürzen und Streichen eröffnete der hessische Ministerpräsident und Mitglied im CDU-Präsidium, Roland Koch. Dem Hamburger Abendblatt (Dienstag) sagte Koch, "hier und da" habe sich die Bundesregierung "zu Projekten entschlossen, die möglicherweise sehr viel teurer werden als zunächst gedacht: etwa die Garantie eines Betreuungsplatzes für Kinder unter drei Jahren. Wir müssen prüfen, ob das noch finanzierbar ist. Ein weiteres Feld ist die Bildungspolitik."

Schwesig: Familien sollen "Wohltaten für Erben und Hoteliers" zahlen

Mit scharfer Kritik an dem Vorstoß reagierte die stellvertretende SPD-Vorsitzende Manuela Schwesig:

"Zwei Tage nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen lässt die Union die Katze aus dem Sack." Nun müssten Familien die unverantwortliche Steuerpolitik für Reiche bezahlen. "Erst verteilt Schwarz-Gelb Wohltaten für reiche Erben und Hoteliers und jetzt wird der Rotstift bei Bildung und Kinderbetreuung angesetzt."

Der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in Deutschland sei längst überfällig, sagte Schwesig und verwies darauf, dass auf Druck der SPD ein entsprechendes Gesetz beschlossen worden war. Dies wolle die Union nun "wieder einkassieren".

Die Familienministerin Kristina Schröder forderte sie auf, "sich endlich für die Familien in unserem Land stark machen" und den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab Eins bis 2013 umzusetzen. Denn: "Die Familien in Deutschland verlassen sich darauf, dass der Rechtsanspruch ab 2013 kommt", bekräftigte die Sozialdemokratin.



**NEIN zur Kopfpauschale!**  
**JA zu einer guten Gesundheitsversorgung für alle!**



# Blickpunkte

## NRW-Wahl:

### Wir stellen uns der Verantwortung!



© H. Kraft / SPD.de

#### Schwarz-Gelb ist abgewählt

Schwarz-Gelb in NRW ist abgewählt. "Die SPD ist wieder da", kommentierte Hannelore Kraft am Abend das Ergebnis und bekräftigte am Montagmorgen angesichts der massiven Verluste für die CDU den Führungsanspruch der SPD. Zunächst will sie mit den Grünen beraten.

Mit über zehn Prozent ist die CDU abgestürzt und hat damit eine historische Wahlniederlage eingefahren. Dem vorläufigen amtlichen Endergebnis nach werden die Fraktionen von SPD und CDU mit 67 Sitzen gleich stark im Landtag vertreten sein. Angesichts der massiven Verluste für die CDU bekräftigte Hannelore Kraft den Führungsanspruch für die SPD.

Klar sei, dass Schwarz-Gelb abgewählt worden sei, sagte Kraft am Montag im ARD-Morgenmagazin. Gleichzeitig räumt die SPD-Spitzenkandidatin ein, dass es keine leichte Aufgabe sei, das Wählervotum umzusetzen. Über Bündnismöglichkeiten werde nun in "aller Ruhe" beraten. Zu-

nächst werde sie Gespräche mit den Grünen führen.

In Berlin stellte am Vorabend der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im restlos voll besetzten Atrium des Willy-Brandt-Hauses fest: "Das System Rüttgers in Nordrhein-Westfalen ist abgewählt. Die Koalition hat auch im Bund keine Mehrheit mehr." Mit dem Wahlerfolg in NRW habe die SPD die Trendwende geschafft. Nun gehe es darum, das neu geschenkte Vertrauen der Menschen zu bestätigen. "Die Arbeit", kündigte Gabriel an, "fängt jetzt erst richtig an".

Als "gut und wichtig für Deutschland" hat Andrea Nahles in ihrem Videoblog den Erfolg der SPD bei der Landtagswahl in NRW hervorgehoben. Mehrheiten in der Bevölkerung – etwa gegen die Einführung der Kopfpauschale – drückten sich jetzt auch in Mehrheiten im Bundesrat aus.

#### Wir nehmen die Verantwortung an!

Die SPD leitet aus dem [Wahlergebnis in NRW](#) den klaren Auftrag der Regierungsbildung ab – und die Verpflichtung, die durch Schwarz-Gelb geplante Entsolidarisierung der Gesellschaft zu stoppen. Erste Gespräche will Hannelore Kraft mit den Grünen führen. Am Abend beraten die Parteigremien über Bündnisoptionen.

Nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen werden sowohl die SPD als auch die CDU mit 67 Sitzen im Düsseldorfer Landtag vertreten sein. Der massive Absturz der

CDU um mehr als zehn Prozent lasse aber keinen Zweifel aufkommen, dass Schwarz-Gelb in NRW abgewählt wurde, betonte die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft und erhebt den Anspruch, eine Regierung für das Land zu bilden. "Wir stellen uns der Verantwortung", bekräftigte Kraft am Montag in Berlin nach einer Sitzung des SPD-Präsidiums. Jürgen Rüttgers hingegen sei noch am Wahlabend vor der Verantwortung geflohen, erinnerte die Sozialdemokratin mit Blick auf die diversen Stellvertreter, die Rüttgers in die unterschiedlichen Gesprächsrunden geschickt hatte.

#### Gremien beraten Bündnisoptionen

Die Umsetzung des Wählervotums lässt keines der von den Parteien bevorzugten Bündnisse zu. Nun müssen verschiedene Optionen geprüft werden. Kraft räumte ein, dass das Wahlergebnis die Parteien vor eine schwierige Aufgabe stelle. Erster Gesprächspartner für die SPD seien wie angekündigt die Grünen. Zuvor aber werden heute Abend die Parteigremien in NRW das weitere Vorgehen beraten.

#### Schwarz-Gelb ohne Mehrheit im Bundesrat

Als "gutes Zeichen" wertete Kraft, den deutlichen Anstieg auf 61 direkt gewonnene Wahlkreise für die SPD, nachdem es



# Blickpunkte

2005 noch 39 gewesen waren. Vor dem Hintergrund neuer Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat bei einer SPD-geführten Landesregierung in NRW verwies sie auch auf die Folgen für die Politik der schwarz-gelben

Bundesregierung in Berlin: Im Bundesrat werde sie dem Wählervotum entsprechend sowohl die Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke als auch unfinanzierbare Steuersenkungen für Wohlhabende stoppen. Auch die ge-

plante Kopfpauschale im Gesundheitswesen werde es nicht geben. Denn die SPD werde der "Entsolidarisierung der Gesellschaft entgegenzutreten", kündigte Kraft an.

## Aus dem Wahlkreis / Kurz notiert

### NRW-Kommunen in der Krise

*Oeding.* Die Kommunen ächzen unter einer gewaltigen Schuldenlast. Hohe Soziallasten und eine rückläufige Bevölkerung stellen die Kommunen vor eine strukturelle Herausforderung. Diese werden dann auch noch von der derzeitigen schwarz-gelben Landesregierung nicht unterstützt, sondern weiter finanziell geschwächt. Proteste von Gewerkschaftern in Köln gegen einen möglichen finanziellen Kollaps zahlreicher Kommunen zeigen, dass die NRW-Regierung keinen Rückhalt mehr für ihre Politik hat und sich zu Recht vorwerfen lassen muss, die Städte auszubluten.



Auf Einladung der SPD-Bundestagsfraktion referierte jetzt im Oedinger Burghotel Pass Hans-Willi Körfges (Kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion) (2. v. li.) zu dem Thema. Empfangen wurde Körfges von seinen Kolleginnen Stefanie

Wiegand (SPD-MdL) (i. Bild li.) und Ingrid Arndt-Brauer (SPD-MdB), die den Kommunalexperthen eingeladen hatten. Auch Landtagskandidat Marc Jaziorski (i. Bild re.) ließ es sich nicht nehmen, Körfges mit einleitenden Worten zu begrüßen. Mit rund 70 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, die überwiegend in der Kommunalpolitik tätig sind, diskutierte man über Wege aus der Finanzkrise der Städte und Gemeinden.

„Die finanzielle Lage der Kommunen wird immer bedrohlicher“, so Körfges. Er befürchtet, dass vielen Städten in NRW noch in diesem Jahr der Finanzkollaps droht. Stark betroffene Kommunen haben sich bisher mit kurzfristigen Krediten über Wasser gehalten, die sich Anfang 2010 noch auf insgesamt 33,8 Mrd. Euro beliefen, mittlerweile aber auf 36 Mrd. Euro gestiegen sind. „Und ein Ende ist nicht abzusehen“, machte Körfges klar. 90 Prozent der Kommunen müssten mehr ausgeben als sie einnehmen, und das bei weiter sinkenden Steuereinnahmen. Die Finanznot sei nur mit der Erkenntnis lösbar, wo Land und Bund zusammenarbeiten müssten, führte Körfges weiter aus. Hilfreich sei da die Arbeitsgemeinschaft Kommunales, die von der SPD-Bundestagsfraktion schon vor Jahren gegründet wurde, wie Arndt-Brauer ergänzte. Beispielsweise sei das Konjunkturpaket eine SPD-Idee gewesen, die in der Wirtschafts- und Finanzkrise eine große Hilfe für NRW gewesen ist. Körfges forderte einen Notfallplan für die Städte, da der dramatische Einbruch der Gewerbesteuer die letzten Reserven des kommunalen Finanzsystems zerstört. Trotz massiver Warnungen der Opposition habe die schwarz/gelbe Landesregierung aber das Thema



# Blickpunkte

Kommunal финанzen bis heute nicht aufgegriffen. Im Gegenteil: mit der Grunderwerbssteuer, die früher zu drei Siebtel an die Kommunen ging, haben diese 740 Mio. Euro an das Land verloren. Dies wurde von der Landesregierung dann als `besondere Solidarität mit dem Land´ deklariert. Zahlreiche Beispiele von Körfges machten den Zuhörern klar, dass es fünf vor zwölf ist.

Mit ihrem Wahlprogramm hat die SPD u.a. das `Stärkungspaket Stadtfinanzen´ beschlossen, ein Konzept zur Konsolidierung der kommunalen Haushalte. Nach diesem Konzept soll das Land für fünf Jahre die Zins- und Tilgungslast der Kommunen übernehmen. Das Land müsste dafür bei der NRW-Bank 420 Mio. Euro aufnehmen. Körfges, Wiegand und Arndt-Brauer machten deutlich, wie wichtig die Rolle NRW's im Bundesrat ist. Die von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante Steuerpolitik kann hier verhindert werden.

## Arndt-Brauer enthält sich bei Griechenlandhilfspaket

Berlin/Kreis Borken/Kreis Steinfurt. Die münsterländische Abgeordnete und stellvertretende finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion Ingrid Arndt-Brauer hat sich bei der Abstimmung zum Gesetzentwurf für die Gewährung von Hilfen für das hochverschuldete Griechenland enthalten. `Grundsätzlich befürworte ich ein Hilfspaket für die Griechen. Eine Finanzkrise wie in Griechenland muss für das restliche Europa zukünftig verhindert werden. Die Gewährung von Kreditbürgschaften und eine mögliche Inanspruchnahme von Steuergeldern sind für mich ohne grundlegende Finanzmarktreformenten und eine stärkere Regulierung der Finanzmärkte jedoch nicht verantwortbar´, teilt die Politikerin mit. Da die CDU/CSU, FDP geführte Regierungskoalition jedoch nicht bereit war, das Hilfspaket mit einer stärkeren Regulierung und einer Kostenbeteiligung der Finanzmärkte zu verknüpfen, hätte sie dem Gesetzentwurf nicht zustimmen können.

## Schutzengel gegen Prostitution

Berlin/Kreis Steinfurt/Kreis Borken. 400.000 deutsche Männer fliegen Jahr für Jahr in die große weite



Welt und wollen nur das Eine. Einige Tausend von ihnen schrecken selbst vor Sex mit Kindern nicht zurück. `Derartige Verbrechen machen mich wütend, aber nicht tatenlos´, berichtet die heimische SPD-Abgeordnete Arndt-Brauer. Die Bundespolitikerin unterstützt daher bereits seit mehreren Jahren die `Aktion Schutzengel´ von missio, dem Internationalen Katholischen Hilfswerk, das schon lange engagiert gegen Kinderprostitution und Sextourismus kämpft.

In Berlin ließ sich die Bundespolitikerin jetzt für die missio-Aktion als `Schutzengel´ fotografieren. Sponsoren spenden für jeden Schutzengel einen Euro. So kamen bereits über 230.000 Euro zusammen. Die münsterländische Politikerin nutzte zudem die Möglichkeit, fair gehandelte, getrocknete Mangos zum Preis von 2,50 € je Päckchen zu erwerben. Mit dem Kauf wird die Organisation Preda auf den Philippinen unterstützt. Diese bezieht die Mangos von den örtlichen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern, deren Familien so ein Auskommen gesichert wird. Dies trägt dazu bei, dass die Kinder nicht in die Prostitution gedrängt werden.

## Bildnachweis

Seite 2, Flaggen – © R. Handke / pixelio.de  
Seite 3, Flaggen - © Kos / pixelio.de  
Seite 4, PV-Anlage - © R. Sturm / pixelio.de  
Seite 5, PV-Anlage - © R. Sturm / pixelio.de  
Seite 6, Haus - © f. Gopp / pixelio.de  
Seite 7 und 8, Logo und Rat – © SRU / www.umweltrat.de  
Seite 9, M. Schwesig – © Schwesig / Jaenicke  
Seite 10 H. Kraft – © Kraft / SPD.de  
Seite 11 f. – © Arndt-Brauer